

presse

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Bundesregierung nimmt Fluglärm nicht ernst

*Zur Debatte im Umweltausschuss über die Fluglärmstudie des Umweltbundesamtes erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Ulrich Kelber**:*

Die Studie zu Fluglärm vom Umweltbundesamt und Prof. Greiser hat klar nachgewiesen, dass Fluglärm das Krankheitsrisiko von Menschen massiv erhöht. Umso unverständlicher ist es, dass das Bundesumweltministerium keine Konsequenzen zum Schutz der betroffenen Menschen ziehen will, obwohl die Ergebnisse der Studie die Bundesregierung eigentlich zum Vorsorgeprinzip verpflichtet. Das Bundesumweltministerium will sich noch nicht einmal darauf festlegen, wann und ob noch offene Fragen zum Fluglärm durch Folgestudien untersucht werden.

Die SPD wird die Bundesregierung weiter drängen, endlich ein integriertes Lärmschutzkonzept vorzulegen. Jetzt geht es aber auch darum, schnell den von Fluglärm betroffenen Menschen zu helfen. Die Fluglärm-Studie zeigt zum Beispiel, dass Menschen, die in Wohnungen mit Lärmschutzfenstern wohnen, weniger Gesundheitsprobleme in fluglärm-betroffenen Gebieten haben als ihre Nachbarn. Deswegen sollte der Kreis der Menschen, die Anspruch auf geförderte Lärmschutzmaßnahmen rund um Flughäfen haben, deutlich ausgeweitet werden. Außerdem könnten die Flughäfen durch eine Novelle der sogenannten "Bonusliste" die Möglichkeit bekommen, Schritt für Schritt die jeweils lautesten Maschinen aus dem Markt zu drängen. Damit würden vor allem die Zahl der besonders lauten Flugbewegungen, die zehntausende von Menschen wecken, schnell und nachhaltig reduziert werden.

Bundesminister Röttgen kennt aus seinem Wahlkreis das Problem mit Fluglärm sehr gut. Im Wahlkreis hat er oft versprochen, etwas dagegen zu unternehmen. Jetzt als Minister hätte er die Möglichkeit dazu, verweigert aber jede Aktivität. Angesichts der neuen Erkenntnisse über die

Schädlichkeit von Fluglärm wird die SPD diese Untätigkeit nicht hinnehmen.